

5 Haftungsrecht in der Pflege

Es muss nur ein kurzer Moment der Unachtsamkeit oder aber auch des Unwissens herrschen und schon kann ein Schaden entstehen. Sei es, dass der Patient wegen eines falschen Griiffs der Pflegekraft aus dem Bett fällt und sich verletzt, sei es, dass das Eigentum des Patienten versehentlich kaputt geht. Schnell stellt sich die Frage, wer den entstandenen Schaden ersetzt. Dabei unterscheidet man zwischen den zivilrechtlichen Anspruchsgrundlagen und der strafrechtlichen Verfolgung. Die zivilrechtlichen Ansprüche unterscheiden sich abermals in Ansprüche aus **Vertrag** und aus **Gesetz**.

MERKE

Haftung bedeutet, dass jemand für die Folgen seines Handelns einstehen muss, also Einstehenmüssen eines Rechtssubjekts für einen entstandenen Schaden.

HINWEIS

Rechtsgebiet	→	Rechtsfolge
Strafrecht	→	Strafe
Zivilrecht	→	Schadenersatz
Arbeitsrecht	→	Kündigung

5.1 Vertragliche Ansprüche

5.1.1 Allgemein

Die Hauptpflichten des Vertrages können nur erfüllt werden, wenn die Vertragsparteien alles unterlassen, was den Erfolg des Vertrages gefährden könnte. Abstrakter bedeutet dies, dass jeder Vertragspartner die Rechtsgüter des anderen, wie Leben, Gesundheit, Eigentum (des anderen) zu schützen hat, soweit dies sowohl zum Zustandekommen des Vertrages als auch zu seiner Durchführung erforderlich ist. Also müssen etwa medizinische Geräte ordent-

lich gewartet sein und nur zum Untersuchungszweck benutzt werden. Vor Gefahren medizinischer Geräte müssen Patienten soweit möglich geschützt sowie über deren Gefahren aufgeklärt werden. Es gelten aber auch Hygieneregungen speziell im Gesundheitswesen für die Essensverabreichung an Patienten. Hinsichtlich der Medikamentengabe sind die Vorschriften aus dem Apothekenrecht zu beachten.²⁰

Fraglich ist, ob der verletzte Patient einen vertraglichen Haftungsanspruch gegen den Pfleger hat. Dazu müsste ein wirksamer Vertrag zwischen dem Patienten und dem Pfleger geschlossen worden sein, der eine haftungsbegründende Anspruchsgrundlage bildet. Hier liegt aber nur ein Vertrag zwischen dem Patienten und dem Krankenhaus vor, die Pflegekraft ist lediglich „Erfüllungsgehilfe“ des Krankenhauses. Folglich kann der Patient nur Ansprüche gegenüber dem Krankenhaus geltend machen. Im Nachhinein wäre denkbar, dass das Krankenhaus einen vertraglichen Anspruch gegen den Pfleger in Höhe der Haftungssumme geltend macht, denn das Krankenhaus als Arbeitgeber und P als Arbeitnehmer haben einen Arbeitsvertrag geschlossen.

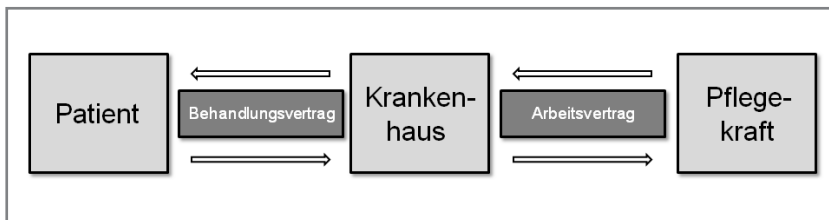


Abb. 4 Ansprüche aus Behandlungs- und Arbeitsvertrag

Mögliche Anspruchsformen – ein **Anspruch** ist gem. § 194 Abs. 1 BGB das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen fordern zu können – sähen hier wie folgt aus:

1. **Patient** gegen **Krankenhaus** auf Schadenersatz wegen Pflichtverletzung aus Pflegevertrag
2. **Patient** gegen **Pfleger** auf Schadenersatz wegen unerlaubter Handlung
3. **Krankenhaus** gegen **Pfleger** auf Regress wegen Nebenpflichtverletzung aus Arbeitsvertrag

20 Zur, Rechtsgrundlagen der Haftung in der Krankenpflege, S. 4; <http://zur-kanzlei.de/wp-content/uploads/downloads/2012/05/Rechtsgrundlagen-Haftungsrecht-Pflegerberufe.pdf>

Der Pflegebedürftige kann zunächst Schadenersatz aus einem Dienstvertragsverhältnis verlangen, der den materiellen Schaden ersetzt, also Schäden an einem Gegenstand.

Diesen **Anspruch** kann er gegen den Vertragspartner richten, d.h. das Krankenhaus oder die Pflegeeinrichtung (Träger), gem. §§ 280, 276 BGB. Hier wird das Fehlverhalten des Mitarbeiters dem Unternehmen zugerechnet gem. §§ 280, 278 BGB. Demnach wird das Verhalten des sog. „**Erfüllungsgehilfen**“ behandelt, als habe der Vertragspartner selbst das Verhalten an den Tag gelegt. Der Krankenhausträger als Arbeitgeber kann sich dem Patienten gegenüber nicht mit dem Argument von der Haftung befreien, er habe den Arbeitnehmer ordentlich ausgewählt und mit einer Verletzung der Behandlungspflichten oder Nebenpflichten nicht rechnen können.²¹ § 276 BGB unterscheidet verschiedene Stufen der Schuld, die unterschiedliche Folgen der möglichen Inanspruchnahme haben. Man differenziert üblicherweise zwischen leichter und grober Fahrlässigkeit sowie dem Vorsatz. Nach § 276 Abs. 2 BGB handelt fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt.

Verletzt ein **Arbeitnehmer** seine Sorgfaltspflicht, sodass er schadenersatzpflichtig wird, dann verletzt er damit zugleich auch seine arbeitsvertraglichen Pflichten. Der Träger wird vor Gericht verklagt und muss ggf. Schadenersatz leisten. Sofern den Arbeitnehmer ein Verschulden trifft, kann der Träger Erstattung vom Arbeitnehmer verlangen (nur bei Schäden, die entstanden sind durch **grobe Fahrlässigkeit oder durch Vorsatz!**).²² Der Arbeitgeber hat dabei die Beweislast, also die Pflicht zu beweisen, dass die Pflegekraft den Fehler grob fahrlässig oder wissentlich begangen hat. Viele Einrichtungen der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege haben für den Fall, dass der Arbeitnehmer Schäden verursacht, für die sie haften müssen, eine Betriebshaftpflichtversicherung!

Verletzt die Pflegekraft einen Patienten bei der Verrichtung ihrer Tätigkeit schuldhaft – der Patient fällt etwa beim Umbetten aufgrund einer Unachtsamkeit der Pflegekraft zu Boden und bricht sich das Bein hierdurch –, kann der Patient auch einen Schadenersatzanspruch gegen die Pflegekraft aus § 823 Abs. 1 BGB geltend machen (allerdings ist dies kein vertraglicher Anspruch; siehe Kap. 5.2).

21 Zur, Rechtsgrundlagen der Haftung in der Krankenpflege, S. 5; <http://zur-kanzlei.de/wp-content/uploads/downloads/2012/05/Rechtsgrundlagen-Haftungsrecht-Pflegeberufe.pdf>

22 Allgemein zur Arbeitnehmerhaftung; Wagner in: MüKo BGB, 6. Aufl. 2013, § 823 Rn. 115

5.1.2 Verjährung

Gem. § 195 BGB verliert der Patient alle zivilrechtlichen Ansprüche nach drei Jahren, wobei der Beginn der 3-Jahres-Frist gem. § 199 Abs. 1 BGB erst am Ende des Jahres der Schädigung beginnt.

Beispiel

Die Pflegekraft zerstört versehentlich die Vase des Patienten am 01.05.2016. Damit beginnt die Frist am 31.12.2016 und endet am 31.12.2019. Ab 01.01.2020 hat der Patient zwar noch den Anspruch, kann diesen aber nicht mehr durchsetzen wegen Verjährung. Nach § 199 Abs. 2 BGB beträgt bei Verletzung des Körpers, des Lebens, der Gesundheit oder der Freiheit die Höchstfrist sogar 30 Jahre. Entscheidend ist der Zeitpunkt, in dem der Anspruch entstanden ist (also die Schädigung eingetreten ist) **und** der Geschädigte davon in Kenntnis gelangt ist oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen. Erfährt der Patient also erst 15 Jahre später, dass ihn die Pflegekraft versehentlich hat fallen lassen, beginnt der Anspruch auch erst in 15 Jahren am 31. Dezember.

5.1.3 Gewährleistungsregeln

Das sog. „allgemeine Schuldrecht“ findet im Dienstvertragsrecht (wie es in der Pflege mit Patienten üblich ist) Anwendung. Anspruchsgrundlage ist hauptsächlich § 280 Abs. 1 und 3 BGB. Zudem ist § 281 BGB zu beachten.

§ 280 Abs. 1 BGB

„Verletzt der Schuldner seine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen. Dies gilt nicht, wenn der Schuldner die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.“

Für einen **Schadenersatzanspruch** ist Folgendes notwendig:

1. Es muss ein vertragliches Schuldverhältnis vorliegen.
2. Ein Anspruch muss bereits fällig sein. Künftige Ansprüche unterliegen dem nicht!
3. Die vertraglich verpflichtete Leistung wurde **nicht** oder **schlecht** erbracht (Pflichtverletzung).

4. Der Schädiger muss den Schaden vertreten müssen. Man unterscheidet Vorsatz und Fahrlässigkeit.
5. Es wurde eine Frist zur Nacherfüllung gesetzt oder sie ist nicht notwendig (§ 281 Abs. 2 BGB).
6. Die Frist ist abgelaufen, ohne dass die Pflicht nacherfüllt wurde.

Bei Vorliegen der Tatbestandsmerkmale hat der Geschädigte Anspruch auf **Schadenersatz**.

MERKE

Die Pflegekraft haftet **vertragsrechtlich** für grob fahrlässiges oder vorsätzliches Handeln gegenüber ihrem Arbeitgeber im Rahmen eines sog. „Regressanspruches“. Der Patient richtet den Anspruch aber ausschließlich gegen den Träger, der in den übrigen Fällen den Schaden auf eigene Kosten begleicht oder aber durch die Betriebshaftpflichtversicherung regulieren lässt. (Näheres dazu siehe unter Kap. 9.7 „Haftung im Arbeitsverhältnis“.)

5.2 Gesetzliche Ansprüche

5.2.1 Allgemein

Entsteht einem Patienten aus irgendeinem Grund ein Schaden, sei es an seinem Eigentum oder an seinem Körper, so stehen ihm neben vertragsrechtlichen Ansprüchen auch sog. gesetzliche Ansprüche aus § 823 Abs. 1 BGB zu. Man denke im Privaten bspw. an einen Verkehrsunfall, bei dem das Fahrrad kaputtgeht. Man hat zuvor keinen Vertrag mit dem Autofahrer geschlossen, aus dem man einen Schadenersatz ableiten könnte. Vielmehr kann man hier auf gesetzliche Ansprüche zurückgreifen, um dennoch den Schaden ersetzt zu bekommen.

Im Pflegealltag sind u.a. folgende Vorfälle denkbar:

- Verabreichung eines falschen Medikamentes, bspw. durch Verwechslung,
- fehlerhafte Bedienung eines medizinischen Gerätes,
- (zu) sorgloser Umgang mit Patienten,
- Übernahme von Tätigkeiten, die nur Ärzten erlaubt sind.